

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementpreise monatlich (frei Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mittelbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schreibweise: Dresden-2, Mittelbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochen tags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Donnerstag, den 1. September 1927 Nummer 204

180 Prozent Friedensmiete

ab 1. Januar / 150 Prozent noch für Oktober geplant
Clara Zetkin in Berlin / Die SPD deckt den Terror in Hamburg

Ausstouferung zur Fürstenabfindung

Zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Finanzministern der einzelnen Länder sind, wie von unternichteter Seite mitgeteilt wird, Verhandlungen im Gange.

am ab 1. Oktober eine Erhöhung der Mieten auf 150 Prozent und ab 1. Januar 1928 eine Erhöhung auf 180 Prozent der Friedensmieten durchzuführen.

Die Erhöhung soll erfolgen, um die ungeheuren Lasten für die Fürstenabfindung beizubringen. Der einzige Zweck der Mieterhöhung soll die Auszahlung der Gelder an die Kaufleute darstellen. Um die Millionenangebote beizubringen, die den Hohenzollern, Wettinern und anderen gegeben werden, erfolgt die Belastung der Mieter. Die Bürgerblockregierung im Reich, und als erste die von den Sozialdemokraten geführte Koalitionsregierung in Preußen, die ja auch während in der Anerkennung der Fürstenansprüche war, geht bedenkenlos dazu über, die Mieten heraufzusetzen, die Mieter zu belasten.

Schon vor einiger Zeit konnten wir mitteilen, daß solche Pläne auf Erhöhung der Mieten in Vorbereitung seien. Heute werden sich die damaligen Mitteilungen zu konkreten Vorbereitungen. Durch die Fürstenabfindung muß das Reich rund 1 Milliarde bereitstellen. Durch Abgaben von anderen Kriegsschuldungen, insbesondere von Zahlungen an Auslandsbesitzer, erhöht sich dieser Betrag auf 3 Milliarden Mark. Das Reich hat den Ländern deswegen mitgeteilt, daß

es nicht in der Lage sei, die Lasten der Länder für die Fürstenabfindung zu übernehmen. Den Länderhaushalten sind aber ungeheure Summen für die Fürstenabfindung aufgebürdet. Thüringen hat an den Großherzog von Sachsen-Weimar 100 000 Mark, an das Meiningenische Fürstentum 500 000 Mark zu zahlen, Gera, Greiz, Rudolstadt und Sondershausen beanspruchen weitere 600 000 Mark. Die Summen werden vom 1. Januar gezahlt, voraussichtlich aber rückwirkend bis zum 1. Januar 1918. Preußen zahlt jetzt 600 000 Mark an die Ständeherrn. Die Ansprüche erhöhen sich noch gewaltig.

So geht es in fast allen Ländern. Insbesondere Sachsen und Thüringen haben dem Reich mitgeteilt, daß sie ihren Staat nicht ausbezahlen können, wenn das Reich nicht die Abfindungsgelder übernimmt. Die Bürgerblockregierung im Reich hat mitgeteilt, daß sie keine Mittel habe, die Länder mögen ihre Hauszinssteuer erhöhen.

Kam es zu einer geschwägigen die Miete für Januar schon auf 120 Prozent festgelegt, aber die Bürgerblockregierung steht auf dem Standpunkt, daß schon jetzt eine Erhöhung auf 150 Prozent erfolgen müsse.

Der Mieterkampf droht höchste Gefahr. Die reaktionäre Regierung belastet die Mieter, die Unternehmer drücken die Löhne. Die Arbeiterklasse muß den Angriffen begegnen durch den Kampf um höhere Löhne, durch den Kampf um die Befreiung der Bürgerblockregierung.

Vor der Völkerbundtagung

Die Außenminister der Großmächte, begleitet von ihren sozialdemokratischen Ratgebern, fahren wieder nach Genf, um am „Frieden Europas“ zu arbeiten. Diese Herbsttagung des Völkerbundes beginnt aber, wenn möglich, mit noch schlechteren Vorzeichen als die bisherigen Konferenzen. Stresemann fährt diesmal ohne jede Hoffnung darauf, die Rheinlandfrage behandeln lassen zu können. Zwei ehrbare Säulen des Völkerbundes, der französische Senator de Jouvenel und der englische „Abfertigungsapostel“ Lord Cecil sind gestorben. Man will sogar wissen, daß auch Briand nicht nach Genf fahren wird, zumindest nicht zu den diplomatischen Vorverhandlungen.

Konfliktstoffe gibt es übergenug, die imperialistischen Regierungen können sie aber im Völkerbund ohne Gefahr seiner vollständigen Sprengung heute ebensowenig austragen wie auf den bisherigen Tagungen. Auf die Tagesordnung sind nur nebenhäßliche Fragen gesetzt worden, das meiste soll „vertagt“ werden.

Trotzdem ist es unvermeidlich, daß sich die sich verschärfenden Konflikte in den Genfer Verhandlungen widerspiegeln. Wenn auch weniger in den „offiziellen“ Beratungen, so doch in den Geheimbesprechungen, für die der Völkerbund als Kulisse dient. Aber auch in der Völkerbundversammlung des Völkerbundes kann es um die Neuwahl von drei ausweichenden Ratmitgliedern wohl zu Kämpfen kommen, die die imperialistischen Gruppierungen mit ihrem Vorkampt zeigen werden.

Die konservative Presse Englands beklagte sich vor kurzem darüber, daß die für England wichtigste Frage, die „Bekämpfung des Bolschewismus“, nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird. Nun, die Völkerbunddemokraten halten noch immer an der Lüge fest, daß Genf mit dem Krieg gegen die Sowjetunion nichts zu tun habe. Nach den letzten Genfer Verhandlungen hat aber die damals mit den Ergebnissen unzufriedene französische Presse eben über den Gang der Geheimverhandlungen über die Sowjetunion genügend ausgesplaudert, als daß heute jemand noch ernsthaft daran glauben könnte, daß Chamberlain nicht mit der Absicht nach Genf fährt, dort seine sowjetfeindlichen Kriegspläne zu fördern. Wenn darüber jetzt nicht die Rede bekannt werden sollte, so wird das nur ein Zeichen dafür sein, daß sich der englische und französische Imperialismus in diesem Punkte näher gekommen sind.

Dafür liegen verschiedene sehr konkrete Beweise vor. Die Vorstöße Poincarés gegen die Sowjetunion in der Form einer stetigen Pressekampagne und wiederholten diplomatischen Aktionen zeigen eine steigende Linie der Feindseligkeit gegen die Sowjetunion. Die letzten Redenungen des Marschalls Joseph, des einflussreichsten Militärpolitikers des französischen Imperialismus, über die Notwendigkeit der englisch-französischen Kriegsführung gegen die Sowjetunion wiegen mehr als tausend friedliche Beteuerungen.

Freilich, besonders leicht wird es Chamberlain in Genf auch diesmal nicht haben. In den Schwierigkeiten in seinem eigenen Kabinett kommen Sorgen um die Abwehr imperialistischer Risiken, die er in seine sowjetfeindlichen Pläne einfließen lassen muß. Da ist vor allem der englisch-amerikanische Gegensatz, der besonders seit dem Ausliegen der Genfer Notkonferenz nicht mehr gelungener werden kann und zu einem beherrschenden Faktor der Weltpolitik geworden ist. Der englische Imperialismus befindet sich gegenüber den Vereinigten Staaten in der Abwehr. Er wird auch in Genf verhalten müssen, seine Abwehrposition gegen den Dollar durch diplomatische Abmachungen mit den europäischen Schuldnerstaaten des Dollarimperialismus zu festigen. Ebenso klar ist aber, daß Amerika jeden solchen Versuch mit noch heftigeren Gegenaktionen beantworten wird als bisher. Die europäischen Staaten haben noch nicht vergessen, daß Amerika die Wurzeltagung des Völkerbundes vor 1 1/2 Jahren sprengen ließ, weil damals ähnliche englische Tendenzen in einer weit weniger gespannten Lage, als sie heute ist, bemerkbar geworden sind.

Ebenso wird Chamberlain bestrebt sein, die Vorstöße des französischen Imperialismus gegen seine Feindlandstellungen zu parieren. Das Bestreben Poincarés, Chamberlains bedrängte Lage zur Festigung der französischen Positionen auszunutzen, ist in allen Teilen Europas sehr deutlich. Nicht nur auf dem Balkan, im Baltikum und im Mittelmeer erhebt sich der französische Imperialismus gegen die englischen Stellungen erfolgreich vorwärts, auch in dem Verhältnis Frankreichs zu Deutschland ist das französische Bestreben unverkennbar, England die Schiedsrichterrolle über West- und Mitteleuropa zu entziehen. Deshalb fordert Poincaré ein Ostlocom, deshalb soll die im Locarnopakt dem englischen Imperialismus zugesicherte Schiedsrichterrolle zwischen Deutschland und Frankreich verschwinden. Poincaré wünscht, sein Verhältnis zu Deutschland direkt, ohne Zutun Englands, zu

Genoffin Clara Zetkin in Berlin

Berlin, 1. September. (Eigener Drahtbericht.)
Gestern nachmittag traf die Genoffin Clara Zetkin ein. Fremden sie zu einer Zeit erschien, wo fast alle Berliner Betriebe noch arbeiten, waren Tausende von Arbeitern erschienen. Entgegen wurde die Genoffin Zetkin von den Genoffen Pieck, Schlor und der Genoffin Overlach. Clara Zetkin ließ es sich nicht nehmen, eine Ansprache zu halten, trotzdem es ihr noch sehr verboten worden war. Sie sagte: „Ich komme zurück als die Alte. Ich war drüben in der Sowjetunion bei den russischen Arbeitern, ich bin über 50 Jahre verbunden mit dem Kampf des russischen und deutschen Proletariats, und darum kann ich nur eine Lösung: Vorwärts, vorwärts, vorwärts!“

Die Sozialdemokraten verteidigen den Terror

Hamburg, 1. September. (Eigener Drahtbericht.)
Das Hamburger Echo nimmt Stellung zum Druck eines Mitteilungsblattes der kommunistischen Bürgerblockfraktion und schreibt: „Die Hamburger Kommunisten haben den Versuch gemacht, ihre Zeitung erscheinen zu lassen, indem sie ein neues Blatt als Mitteilungsblatt der kommunistischen Fraktion herausgegeben haben. Der Senat beschloß, den Druck der Zeitung nicht zuzulassen, trotz dem Gehäsel der auswärtigen Mitglieder, die betonen, daß die KPD nicht zu den Wählern sprechen könne.“ Und diese Gesellschaft mimt in Entrüstung über Russland!

Sozialdemokrat Löbe macht die Politik der Imperialisten

Paris, 31. August. Reichstagspräsident Löbe hat einem Redakteur des Petit Parisien erklärt, er sei über den Empfang und die Atmosphäre, in der sich die Debatten der Interparlamentarischen Konferenz abgewickelt haben, sehr erfreut. Besonders habe ihm Beland gefallen. Zur deutsch-französischen Verständigung sei erst die erste Etappe durchgeschritten worden, und zwar die Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsvertrages. Die zweite Etappe müsse die Räumung des Rheinlandes sein. Die letzte und dritte Etappe wird erreicht sein, wenn weder Frankreich noch Deutschland etwas voneinander zu wehren haben. Es sei wahr, daß Deutschland eine Veränderung des gegenseitigen Zustandes in bezug auf die deutschen Grenzen wünsche. Aber diese Veränderung dürfe nur mit friedlichen Mitteln im Schöße des Völkerbundes erreicht werden. Ferner sei er ebenfalls für den Anschluß Österreichs an Deutschland, aber er wünsche, daß der Anschluß gleichfalls nur mit friedlichen Mitteln durchgeführt werde.

Kommunistischer Wahlerfolg in Memel

Memel, 31. August. Die gestrigen Wahlen zum Memeler Landtag brachten für die kommunistische Partei einen großen Erfolg. In der Stadt Memel erhielt die Volkspartei 8548 (1925: 12 179), die kommunistische Partei 2202 (1925: 1149), die Sozialdemokratische Partei 1349 (1925: 2948), alle übrigen Parteien 1290 (1925: 584) Stimmen. Die Wahlergebnisse aus den ländlichen Bezirken liegen noch nicht vor.

Die Hindenburg-„Amnestie“

Berlin, 1. September. (Eigener Drahtbericht.)
Im Justizministerium soll eine Konferenz der Landesregierungen stattfinden, in der eine Ausprache erfolgen soll, inwieweit die Länder von sich aus eine Amnestie anlässlich des Geburtstages Hindenburgs durchführen können. Es heißt demnach bereits fest, daß am 2. Oktober auf eine wirkliche Amnestie nicht zu rechnen ist.

Ein Angriff der Berliner Metallindustriellen

Berlin, 1. September. (Eigener Drahtbericht.)
Der Verband der Metallindustriellen hat beschlossen, seine Mitglieder anzumelden, keine Dreyer einzustellen, bis die Regierung dem Bergmannswerte niedergelassen ist. Bei der Bergmannswerte handelt es sich um Lohnforderungen. Die Dreyer-Angehörigen betonen noch gestern, daß eine solche Meldung schwebel sei. Heute früh muß der Vorwärts aber diese Meldung bekräftigen und teilt mit, daß heute vormittag eine Konferenz des Metallartells stattfindet, in der die Lage besprochen werden soll.

Dieses Vorgehen der Metallindustriellen zeigt, daß die Unternehmer gewillt sind, mit allen Mitteln die Arbeiter niederzukämpfen. Die Metallarbeiter-Verbandsangehörigen versuchen, den Angriff der Unternehmer zu unterbinden. Die Arbeiter müssen die Maßnahmen des Kampfes in dreifacher Front verlangen.

Polizeiüberfall auf die sozialdemokratische Jugend in Wien

Wien, 31. August. Als im Anschluß an sozialdemokratische Feiern des jugendlichen Weltbundes der Jugendinternationale die jugendlichen Arbeiter demonstrieren wollten, wurden sie in der rotesten Weise von der aufgesperrten Polizei auseinandergetrieben. Die Jugendlichen wurden geschlagen und getreten, die Polizei überließ ebenfalls einen Zug des roten Falles. Nach der Räumung des Platzes hielt die Polizei noch lange nachher den Platz besetzt.

Poincare probiziert die Massen

Paris, 31. August. Auf die mächtigen Kundgebungen des Pariser Proletariats gegen die Hinrichtung Saccos und Vanzetti hat das Innenministerium des Kabinetts Poincaré mit einer Reihe von inkonsequenten Provokationen der Arbeiterklasse geantwortet. Die Polizei wurde ferner gegen die ausländischen Arbeiter aufgebildet, die seit einigen Tagen in Massen aus Paris ausgewiesen werden. Ferner wurden dem kommunistischen Abgeordneten Marx, der sich im Gefängnis befindet, die politischen Verurteilungen zusteckenden Vergünstigungen entzogen. In diesen Provokationen gehört auch die Ausweisung des Vertreters der russischen Telegraphenagentur Tol.

Zu diesem Fall berichtet der Pariser Korrespondent der Arbeiterzeitung, daß darin eine ungewöhnliche Drohung auch an die Adresse der anderen ausländischen Journalisten enthalten sei. Es sei nicht zu bestreiten, und auf Grund des übereinstimmenden Urteils aller objektiven Beobachter festzustellen, daß die Pariser Polizei, die durch die Brutalität, mit der sie ohne jeden Anlaß Demonstranten und friedliche Passanten zu Boden schlägt, die Hauptursache an den schweren Ausschreitungen trug, zu denen sich die bis zur Sinnlosigkeit gereizte Masse hinziehen ließ.“

Der Korrespondent der Arbeiterzeitung fragt, wo denn der Unterschied zwischen der „Hochburg der modernen Demokratie“, als das sich Frankreich rühme, und der „Herrschaft der Diktatur in Italien oder in Spanien“ bestände.

Biere
Max Franz
RÄDER
Wollwaren
Fritz Hoche
Friedrichs Nachf.
Frikotunterwäsche
Friedrichs Nachf.
Farbenhandlung
Gammwaren
Gebr. Kunze
-LOSCHWITZ
Hallen
Wurstwaren
Kühn
Wid und Gefell